

fen im Vordergrund stehen. Die Ökologie ist nicht selten ihr Implikat beziehungsweise ein »Nebeneffekt« erfolgreicher Auseinandersetzungen.<sup>51</sup>

Ebensodahalb lässt sich aus diesen Ansätzen einiges über die Voraussetzungen und Elemente einer grundlegenden sozialökologischen Transformation lernen: Ein wichtiger Schlüssel zur Überwindung zerstörerischer Naturverhältnisse liegt im Abbau sozialer Herrschaft. Angesichts der Größe der ökologischen Bedrohungen mögen die genannten Ansätze als Nischenexperimente erscheinen. Doch zum einen lehrt die Erfahrung, dass grundlegende Veränderungen oft von den gesellschaftlichen Rändern ausgehen. Zum anderen sind Kämpfe um Verfassungsrechte konzeptionell alles andere als marginal, sondern setzen am Kern der zerstörerischen politischen Ökologie des Kapitalismus an. Dieser liegt ja gerade in der exklusiven Kontrolle über natürliche Ressourcen als Voraussetzung ihrer Inwertsetzung. Die Demokratisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und der Kampf gegen soziale Ungleichheit sind deshalb unabdingbar, um die imperiale Lebensweise und ihre grün-kapitalistische Modernisierung in die Schranken zu weisen. Darum geht es im letzten Kapitel.

## Konturen einer solidarischen Lebensweise

### Kapitel 8

*Dies ist für eine moderne Linke zu einer zentralen Herausforderung geworden: den gesamten Stil ihres politischen Wirkens und ihre Kommunikationsweise auf die Selbstermächtigung der vielen Akteure und auf den Respekt vor deren ganz eigenen Vorstellungen von einer anderen besseren Gesellschaft einzustellen – und doch einen eigenen und einianden Beitrag in den gesellschaftlichen Diskurs über eine gerechte solidarische Gesellschaft und in die Suche nach gemeinsamen Strategien einzubringen.*

Dieter Klein<sup>1</sup>

### Die Notwendigkeit einer echten Alternative

Zu Beginn des Buches haben wir argumentiert, dass Krisen auch Wendepunkte sein können. Wir erleben, dass die multiple Krise besonderrfalls grünkaptalistisch, tendenziell aber autoritär, neoliberal oder rechtsextrem bearbeitet und damit die imperiale Lebensweise verteidigt wird. Die drängenden sozialen Fragen werden weiterhin islamophob und rassistisch, nationalkonservativ, antifeministisch und ausschließend thematisiert. Die vermeintlich einfachen Antworten bestehen insbesondere darin, anderen Menschen ihr Aufenthalts- und in vielen Fällen ihr Lebensrecht zu versagen. Es wird »[b]rechtigte Kritik an ungerechten Verhältnissen [...] in einen menschenfeindlichen Diskurs übersetzt. Verbitterte und Verängstigte, vereinigt Euch gegen die Schwachen, die Anderen und die Fremden!«<sup>2</sup>

Das mag derzeit Stimmen bei Wahlen bringen, ändert aber nichts an den Krisenursachen. Die Versuche, die imperiale Lebensweise

zu stabilisieren, führen zum weiteren Ausschluss bis zum Tod vieler Menschen, nehmen die ökologische Verwüstung und die prekären Arbeitsbedingungen in anderen Weltregionen bewusst in Kauf oder ignorieren sie.

Die etablierten politischen Kräfte im konservativen, liberalen und sozialdemokratischen Spektrum haben lediglich die oben beschriebenen Antworten auf die zunehmende Umverteilung von unten nach oben und die damit einhergehende Spaltung, Verunsicherung und Abstiegsangst. Angesichts der strukturellen Macht des Kapitals betreiben sie Standort- und Wettbewerbspolitik; auch die Sozialdemokratie kann und will die bestehenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nicht grundlegend verschieben. Bisher hat sich das Projekt »der maximalen Oberschichtsbereicherung« durchgesetzt, und das »linksliberale Projekt von den globalen Eliten«<sup>3</sup> – man könnte auch sagen: das kosmopolitische in der Tradition von Immanuel Kant – wurde marginalisiert. Es gibt kaum ernsthafte Versuche, die Finanzmärkte zu regulieren beziehungsweise gar das Finanzwesen zu ver-gesellschaften und die Interessen der Vermögenden einzuhegen. Die Panama Papers oder die Freihandelspolitik der Europäischen Union gegenüber Kanada und den USA sind ein Beleg dafür, dass die Eliten weiterhin ihre Strategie durchziehen wollen (auch wenn das sich anbahnende Scheitern von TTIP auf einen erheblichen Dissens hin-deutet).<sup>4</sup> Die Krise der sozialen Reproduktion und des Sorgens – als Bestandteil der multiplen Krise – wird mit patriarchalen Formen der Arbeitsteilung bearbeitet.<sup>5</sup> Frauen sollen wieder »an den Herd«, von Männern abhängig werden; solche »Vorschläge« sind Teil einer anti-feministischen Wende.

Die soziale Frage wird vielerorts von der extremen Rechten be-setzt. Parteien wie die AfD in Deutschland, die FPÖ in Österreich oder die SVP in der Schweiz wollen aggressiv Privilegien verteidigen, sie formulieren autoritäre, marktradikale und rassistisch-nati-onalistisch aufgeladene Programmatiken, um einen vermeintlichen »Schutz« für jene zu bieten, die »dazugehören«. Dieses Versprechen wird noch nicht einmal jenen gegenüber eingelöst, denen es gegeben wird. Die Abstimmung über den Brexit in Großbritannien und der

Wahlsieg Donald Trumps sind konkrete Belege für den Rückhalt, den eine ausgrenzende Politik momentan hat, obwohl sie für viele, die sie befürworten, negative Konsequenzen haben wird.<sup>6</sup>

Auch auf der internationalen Ebene werden solidarische und friedfertige Formen der Konfliktbearbeitung zurückgedrängt: Das zeigt sich sowohl in der EU-Politik gegenüber den ökonomisch schwächeren Staaten der europäischen Semiperipherie wie auch jenseits der EU an eskalierenden Bürgerkriegen wie dem in Syrien. Auch für die Verarmung relevanter Bevölkerungsteile in Europa und für die Flucht vieler Menschen, die um ihr nacktes Überleben fürchten müssen, ist die aggressive Aufrechterhaltung der imperialen Le-bensweise mitverantwortlich, da sie durch Landnahme und Externa-lisierung die Lebensverhältnisse andernorts prekariert.<sup>7</sup> Politiken der Militarisierung und Versicherheitlichung werden dominant. So weiß die EU angesichts rassistischer Stimmungen und der feh-lenden Bereitschaft, die imperiale Lebensweise zu ändern, sich an-gesichts des Leids vieler flüchtender Menschen nur damit zu hel-fen, ihre Außengrenzen zu militarisieren.<sup>8</sup> Diese Aufrüstung der EU dürfe sich nach dem Wahlsieg Trumps in den USA und seiner Kon-zentration auf die vermeintlichen unmittelbaren Sicherheitsinteres-sen der USA noch verstärken.

Die mehr oder weniger ambitionierten Versuche ökologischer Modernisierung – mit denen herrschende Interessen und Machtver-hältnisse nicht infrage gestellt werden sollen – stellen ebenfalls keine Lösung der multiplen Krise dar. Die aktuelle Debatte um mit Elektro-motoren betriebene Autos ist eher der Angst geschuldet, an Wett-bewerbsfähigkeit einzubüßen. Die mit der Ausbreitung der Elektro-mobilität einhergehenden Einsparungen fossiler Energie werden primär aus der Perspektive geringerer Ölimporte und niedrigerer CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Nutzung der Fahrzeuge gesehen. Der hohe Ressourcenverbrauch bei der Herstellung elektrisch betriebener Autos wird kaum thematisiert, von den für Elektrobatterien notwen-digen Rohstoffen, die es gegebenenfalls gar nicht in ausreichendem Umfang gibt, ganz zu schweigen (siehe Kapitel 6). *De facto* werden die Mechanismen der Krisenexternalisierung der imperialen Lebens-

weise unhinterfragt akzeptiert. Die Nachhaltigkeitsdebatte und jene des Mainstream um sozial-ökologische Transformation bleiben gleichzeitig seltsam stumm im Hinblick auf die drängenden sozialen Probleme dieser Zeit, nämlich die zunehmende Ungleichheit, die Ausgrenzung, die Verachtung von Schwächeren und den Rassismus.<sup>9</sup>

Eines scheint sicher: Die multiple Krise wird – insbesondere in ihren sozial-ökologischen Dimensionen – zu ganz anderen Formen gesellschaftlicher Reproduktion führen. Tim di Muzio etwa weist darauf hin, dass die steigenden Energie- und Ressourcenpreise Auswirkungen auf die Verfügbarkeit von Energie für verschiedene Bevölkerungsgruppen etwa in Bereichen der Nahrungsmittelproduktion (durchschnittlich bedarf eine Kalorie industriell gefertigter Nahrung eines Energieinputs von zehn Kalorien), der Gesundheit, der Beschäftigung und der Mobilität haben werden.<sup>10</sup> Insbesondere das Erdöl ist nicht nur energetisches Schmiermittel der kapitalistischen Weltwirtschaft, sondern auch ein zentraler Input der industriellen Nahrungsmittelproduktion, ein wichtiger Bestandteil von Plastikprodukten und damit ein ebenso essenzielles wie oft unsichtbares Moment einer ganzen Lebensweise.

Wir sind uns des hegemonialen, dass heißt breit akzeptierten Charakters der imperialen Lebensweise bewusst. Im globalen Norden soll mit ihr etwas aufrechterhalten, in vielen Ländern des globalen Südens ausgeweitet werden, was nicht verallgemeinerbar ist. Daher halten wir politisch und analytisch daran fest, dass es angesichts zunehmender Verwerfungen und brutaler werdender Externalisierungen dringend echter Alternativen hin zu einer solidarischen, gerechten, sozial-ökologischen, friedlichen und demokratischen Lebensweise bedarf.

### Kritische Analysen und strategische Orientierungen

Wie im zweiten Kapitel erläutert, nimmt der Begriff der imperialen Lebensweise sowohl das Alltagshandeln von Menschen wie auch die dieses Handeln überhaupt erst ermöglichenden Strukturen in den Blick. Das öffnet den Denk- und Handlungsraum für die Kritik der

herrschenden Verhältnisse: »Mehr denn je hat die kritisch-materi-  
alistische Theorie heute die Aufgabe, organisch verbunden mit den  
konkreten Lebenswelten der Menschen, das allgemeine Bewusstsein  
über den jeweiligen historischen Moment zu schärfen und die vor-  
handenen Potenziale für das Entstehen alternativer Gesellschaftsfor-  
men aufzuzeigen.«<sup>11</sup>

Veränderungen der imperialen Lebensweise müssen an verschie-  
denen Punkten ansetzen: Es geht um andere politische Regeln sowie  
gesellschaftliche Selbstverständlichkeiten und Leitbilder, welche ka-  
pitalistische Expansion und Landnahme zurückdrängen und eine  
solidarische Lebensweise ermöglichen. Wichtig sind zudem die Ver-  
änderung von Subjektivitäten, die für Menschen erfahrbare Verrin-  
gerung von Ungerechtigkeit und die Verschiebung von Kräftever-  
hältnissen. Es geht um die konkreten Dimensionen des Lebens – von  
Ernährung, Wohnen, Kleidung, Gesundheit u. a. – jenseits diszipli-  
nierender, die kapitalistische Expansion und Landnahme stützender  
und die Gesellschaft hierarchisierender Praxen.

Prozesse, in denen sich eine solidarische Lebensweise gesellschaft-  
lich verallgemeinert, vollziehen sich gleichzeitig als Veränderung der  
gesellschaftlichen Bedingungen und als Selbstveränderung des Den-  
kens und Handelns der Menschen.<sup>12</sup> Kritik ist wichtig für die Ent-  
wicklung von Alternativen, weil zum einen Zukünftiges aus dem  
Bestehenden hervorgehen und dieses dafür überhaupt erst einmal  
begriffen werden muss. Zum anderen hat sich die imperiale Lebens-  
weise in das Begehren und in die Körper vieler Menschen einge-  
schrieben – Alternativen entstehen daher auch aus der politischen  
Auseinandersetzung mit der eigenen Lebensweise und dem Zulas-  
sen alternativer Erfahrungen jenseits der imperialen Lebensweise.  
Der Philosoph Michel Foucault nannte diese Form der praktischen  
Kritik an den bestehenden Verhältnissen und an der eigenen Ein-  
bindung in diese sowie die Herausbildung einer anderen Subjektivität  
»die Kunst nicht dermaßen regiert zu werden«, sowie die »Kunst  
einer freiwilligen Unknechtschaft«<sup>13</sup>.

Auch wenn Foucault das zuvorderst für Individuen gedacht hat,  
gilt es unseres Erachtens auch für kollektive Akteure wie Gewerk-

schaffen und die Gesellschaft insgesamt. Das erfordert neben sich verändernden Rahmenbedingungen, anderen Kräfteverhältnissen und gesellschaftlichen Orientierungen sowie guten Beispielen eben auch die Bereitschaft, die eigene Lebensweise zu hinterfragen. Denn es ist deutlich: »Die fatale Vorstellung, man könne ja gar nichts grundsätzlich ändern, höchstens vielleicht an ein paar Stellschrauben drehen, um ein paar kleine Dinge zu verbessern – ein bisschen besser ist ja doch besser als nichts – führt zum gesellschaftlichen Stillstand. Wenn man nichts mehr ändern kann, wird man distanziert, wird der Pluralismus zur Zuschauerdemokratie, bei der sich der Bürger auf die letzten Ränge zurückzieht und zu dem Schauspiel, das sich ihm bietet, höchstens noch zustimmend nickt oder, öfter noch, resigniert den Kopf schüttelt in der Annahme, seine Meinung zähle ja doch nicht.«<sup>14</sup>

Veränderung im Sinne einer kritisch-emanzipatorischen Transformation (vgl. Kapitel 2) bedeutet zunächst, problematischen Entwicklungen Einhalt zu gebieten: weiteren Prozessen der kapitalistischen Expansion durch Landnahmen und die Kommodifizierung von Mensch und Natur, den autoritären Politiken des neoliberalen *lock-in*, wie sie auf der internationalen Ebene etwa durch CETA institutionalisiert werden sollen, der Externalisierung negativer Folgen der imperialen Lebensweise sowie der zunehmenden Gewaltförmigkeit und Militarisierung der Konfliktraumstragung.

Strategisch geht es über die vielen und notwendigen Abwehrkämpfe hinaus sodann um ein Einhegen und Zurückdrängen imperialer Praxen. Das bedeutet auch, dass eine grundlegende gesellschaftliche Transformation im Gegensatz zu einer in der Debatte über die grüne Ökonomie weitverbreiteten Annahme keinesfalls nur Gewinner kennt. Viele werden, in einem unterschiedlichen Ausmaß, verlieren – und müssen dies, weil das, was sie tun, nicht verallgemeinerbar ist, sondern zulasten anderer geht. Bernd Sommer und Harald Welzer bezeichnen diese Notwendigkeit treffend als »Depri- vilisierung derjenigen Gruppen und Individuen, die heute von wirtschaftlichen Strategien profitieren, die die Lebenschancen heute und künftig lebender Menschen massiv beeinträchtigen.«<sup>15</sup> Doch das öff-

net erst den Raum für andere Elemente des guten Lebens wie beispielsweise materielle und biografische Sicherheit oder weniger ent- fremdete Arbeit.

Und schließlich geht es um die Ausweitung von Räumen und Bündnissen, die emanzipatorisches Handeln im Hinblick auf eine solidarische Lebensweise erst ermöglichen. Über die Abwehrkämpfe und das Zurückdrängen herrschender zerstörerischer Dynamiken hinaus wären also Ansätze für eine solidarische Lebensweise zu fördern und zu festigen.

### Verbreitetes Unbehagen und vielfältige aktuelle Erfahrungen

Es gibt vielfältige Erfahrungen und Anknüpfungspunkte, um Alternativen zu den dominanten Denkformen und realen Verhältnissen zu entwickeln.<sup>16</sup> Sie zeigen sich in den unzähligen solidarischen Praxen, intellektuellen Interventionen und aktuellen wie historischen Erfahrungen, die man als Fermente einer solidarischen Lebensweise betrachten kann. Zukünftiges kann nie als Masterplan entstehen, sondern muss sich im Horizont einer anderen, besseren Welt schrittweise entwickeln. Dazu bedarf es des Mutes im Denken und Handeln, eines gewissen Optimismus und produktiver Selbstkritik, Empathie mit den Schwächeren und Ausgegrenzten und – so unsere Erfahrung als Wissenschaftler – der Bereitschaft der Einnischung und der Kooperation mit progressiven gesellschaftlichen Akteuren. Uns geht es an dieser Stelle zuvorderst um das Sichtbarmachen und Systematisieren von Erfahrungen, die oft ausgeblendet werden, und um Denkanstöße, die sich aus den Analysen der vorangegangenen Kapitel ergeben. Dahinter steht der analytische und politische Wunsch, dass sich Alternativen zum autoritären und stets zerstörerischen Kapitalismus noch stärker als bisher herausbilden, dass sie sich stabilisieren und nicht im Zuge herrschender Dynamiken marginal bleiben oder gar ebenfalls zerstört werden.

Einen Ausgangspunkt bildet die aus unserer Sicht plausible Beobachtung, dass es ein großes gesellschaftliches Unbehagen an den

Verhältnissen gibt, an der Wucht der kapitalistischen Krise, an der Naturzerstörung und an der Brutalität, mit der die Eliten ihre Positionen sichern. Die Unzufriedenheit mit den politischen Repräsentanten und das Wissen darum, in den bestehenden Institutionen Alternativen nicht mehr sichtbar machen zu können, nehmen ebenso zu wie die Empfindung, dass dem alltäglichen Druck, sich einpassen und funktionieren zu müssen, auf Dauer nicht standgehalten werden kann. Eine mehr oder weniger diffuse Ahnung macht sich breit, dass es »so« nicht weitergeht und die imperiale Lebensweise unsolidarisch und zerstörerisch ist. Die überraschend breite Unterstützung für Politiker wie Bernie Sanders in den USA oder Jeremy Corbyn in Großbritannien sind genauso Ausdruck davon wie die soziale Bewegung der *Indignados* in Spanien. Sie öffnen die Tür zu einem politischen Raum, in dem Probleme verhandelt und alternative Strategien formuliert werden können.

Jared Diamond weist in seiner historischen Untersuchung der Frage, warum Gesellschaften überleben oder untergehen, auf einen wichtigen Widerspruch hin. Er sieht einen Grund für den Untergang von Gesellschaften darin, dass sich Akteure zwar individuell rational verhalten, aber damit gesellschaftlichen Schaden anrichten. Indem sie in ihrem Handeln jene Strukturprinzipien reproduzieren, auf denen der Erfolg und der Aufstieg einer Gesellschaft beruhen, bereiten sie gleichzeitig deren Untergang vor. Auf unser Thema angewendet, kann man im Anschluss an Diamond argumentieren: Der Erfolg der kapitalistischen Gesellschaft liegt darin begründet, dass sie durch eine Kommodifizierung von immer mehr Lebensbereichen einen Wachstumszwang institutionalisiert hat. Die Orientierung an der Profitmaximierung statt an der Befriedigung von Bedürfnissen hat eine zuvor ungekannte Produktivkraftentwicklung freigesetzt, die die ökonomische Überlegenheit der kapitalistischen gegenüber anderen Gesellschaften begründet. Gepaart mit den energetischen Potenzialen der Kohle und des Öls, wurde auf diese Weise in wenigen Jahrhunderten ein materieller Reichtum angehäuft, der zuvor kaum vorstellbar war. Genau dies droht sich heute in sein Gegenteil zu verkehren. Die Verbrennung von fossilen Ressourcen sowie der struk-

turelle Zwang zu einem prinzipiell unbegrenzten Wirtschaftswachstum werden zwar vielerorts als Problemerkern höchst bedrohlicher Krisen erkannt. Die ihnen entsprechenden Wahrnehmungs- und Handlungsmuster haben sich aber in die politischen Institutionen, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und den Alltagsverstand der Menschen in einer Weise eingeschrieben, dass zwar ihre begrenzte ökologische Modernisierung, nicht aber ihre grundsätzliche Überwindung denkbar erscheint.

Diamond nimmt insbesondere die »Entscheidungssträger und Machthaber« in den Blick, die mit ihren Interessen mitunter »im Gegensatz zu den Interessen der übrigen Gesellschaft stehen. Das gilt vor allem dann, wenn die Elite sich von den Folgen ihrer Handlungen abschotten kann: Dann tut sie häufig Dinge, die ihr selbst nützen, ganz gleich, ob sie anderen damit Schaden zufügt.«<sup>17</sup> Die Verteidigung der Privilegien der sehr Vermögenden und die damit einhergehende Ungleichheit wird seit einigen Jahren unter dem Motto »Wir 99 Prozent gegen euch 1 Prozent« politisiert. Dieser Sachverhalt spitzt sich angesichts der Vertiefung und Ausweitung der imperialen Lebensweise und der vielfältigen Mechanismen der Externalisierung in Raum und Zeit zu. Es ist macht- und vermögenspolitisch durchaus das eine Prozent der Reichen, das über die Entwicklungsrichtung der Gesellschaft bestimmt. Gesellschaftspolitisch ist das Bild – das haben wir in den vorangegangenen Kapiteln gezeigt – deutlich komplexer. Und hier – das heißt vor allem: an dem sich ausbreitenden Umut und Unbehagen sowie an der an vielen Orten zu beobachtenden praktischen Problematisierung der herrschenden Verhältnisse – gilt es anzusetzen. Die Wahlerfolge der rechtsextremen Parteien sind ja nicht nur Ausdruck weitverbreiteter rassistischer Positionen, sondern auch Ausdruck ebendieses Unbehagens.

Das Unbehagen an den Verhältnissen hängt damit zusammen, dass der »Alltagsverstand« der Menschen nie einheitlich ist, sondern »eine auseinanderfallende, inkohärente, inkonsequente Weltauffassung«.<sup>18</sup> Die wirtschaftlichen, politischen und medialen Protagonisten der imperialen Lebensweise wollen den Alltagsverstand dadurch kohärent machen, dass sie Menschen in Konkurrenz zuein-

ander setzen, das Vertrauen in die Eliten zu stärken versuchen, Umweltzerstörung als technologisch bearbeitbar darstellen, Protest und grundlegende Alternativen lächerlich machen, ignorieren oder gegebenenfalls unterdrücken und das Leben der Mehrheiten auf Gehen, Konsum und das »eigene Lebensglück« trimmen.

Doch das gelingt immer weniger.

Die Welle der Solidarität vieler Menschen gegenüber den Geflüchteten ab dem Spätsommer 2015 ist gleichzeitig auch eine Anerkennung der Verwüstungen, welche die imperiale Lebensweise andernorts verursacht.<sup>19</sup> Der Unmut in Hinblick auf die imperiale Lebensweise und der Wunsch nach der Herausbildung eines solidarischen Zusammenlebens könnte eine sozialmoralische Mehrheit erreichen – auch wenn sich diese nicht direkt in Handeln und Veränderungen übersetzt. Marx sprach im Hinblick auf das Proletariat davon, dass es sich um eine Klasse handle, die einen »universellen Charakter durch ihr universelles Leiden« besitze, da ihr kein spezifisches Unrecht zuteil, sondern »das Unrecht schlechthin an ihr verübt« werde.<sup>20</sup> Ähnlich könnte heute im Hinblick auf die Geflüchteten argumentiert werden<sup>21</sup> – sie verkörpern das universelle Leiden an der imperialen Lebensweise. Und sie erinnern die Aufnahmgesellschaften an die Möglichkeit des Lernens, der Einsicht in und des Engagements für die Veränderung der eigenen Lebensverhältnisse im Lichte dramatischer Umbrüche in der Welt und damit der Hinterfragung vieler Privilegien, die mit der imperialen Lebensweise einhergehen.

Wir regen an, die vielfältigen Alternativen als Teil von Suchprozessen für eine solidarische Lebensweise, für ein ganz anderes, nämlich gerechtes, demokratisches, friedliches und ökologisch wirklich nachhaltiges Wohlstandmodell jenseits kapitalistischer, patriarchaler und rassistischer Zunutzungen und solcher der Unterwerfung und Ausbeutung der Natur zu verstehen.<sup>22</sup> Die Konturen einer solidarischen Lebensweise zeigen sich in den vielfältigen existierenden Diskussionen und Praxen, die die Gesellschaft von ihren Rändern aus grundsätzlich infrage stellen. Wichtig ist, dies überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, es zu erweitern und den Alternativen die Möglich-

keit einzuräumen, sich zu stabilisieren und zu reflektieren. Die Heranbildung einer solidarischen Lebensweise wird ungleichzeitig sein, birgt Unvorhergesehenes, geschieht mitunter schiebend, wesentlich aber auch über Konflikte.

Die politisierende Wirkung der Flüchtlingsbewegung findet gleichzeitig mit anderen Protesten und Bewegungen statt: mit Protesten gegen hohe Mieten und Spekulation, dem Unmut gegenüber der immer weiteren Verdichtung und Prekarisierung von Erwerbsarbeit und anderen, nichtentlohnnten Formen der Arbeit, dem Unwohlsein der konkreten, alltäglich erfahrenen Arbeitsteilung zwischen Klassen, Geschlechtern oder Menschen unterschiedlicher Herkunft, der Kritik an Privatisierungen und an der europäischen Austeritätspolitik, der Bewegung gegen TTIP und CETA und gegen Handelspolitiken insgesamt sowie mit den Protesten gegen den Bau von Kohlekraftwerken, gegen Fleischfabriken, gegen gentechnisch verändertes Saatgut und entsprechende Lebensmittel, gegen die Macht der Energiekonzerne, gegen Sexismus und Gewalt gegen Frauen. Vielfältige internationale Kampagnen weisen auf die negativen Implikationen der imperialen Lebensweise hin, etwa auf die sozialen und ökologischen Auswirkungen der Nahrungsmittelproduktion sowie der Herstellung von Smartphones und Kleidung. Die Liste lässt sich fortsetzen.

Die Alternativvorschläge und praktischen Ansätze sind genauso vielfältig: Stärkung des öffentlichen Wohnungsbaus und Forderungen nach einem »Recht auf Stadt«, *transition towns*, *urban gardening*, Umwelt- und Klimagerechtigkeit, Ausstieg aus der Kohle und »Ende Gelände«, Energiedemokratie und Vergesellschaftung der Energieversorgung, Ernährungssouveränität und ökologischer Landbau, Stärkung der Tierrechte und – aus Lateinamerika kommend – der Rechte der Natur, *commons* und *commoning*, gute Arbeit und Grundeinkommen, solidarische Verteilung von Erwerbs- und unbezahlter Reproduktionsarbeit, freie Software und informationelle Selbstbestimmung, Sozialpolitik als Infrastruktur beziehungsweise sozial-ökologische Infrastruktur. Institutionelle Alternativen beinhalten Zukunftsrate, die Regulierung der Finanzmärkte oder Strategien

einer »Mobilitätsanierung der Städte«, nachdem diese Jahrzehntelang auf Automoblverkehr getrimmt wurden. Übergreifende Konzepte sind *degrowth* und Postwachstum, *post-development* und Postextraktivismus, *care-Revolution* und Sorgestreik, Entschleunigung und Zeitwohlstand, Konvivialität, Vier-in-einem-Perspektive, globale soziale Rechte und gutes Leben für alle. Auch diese Aufzählung ist nur ein kleiner Ausschnitt.<sup>23</sup>

Kritische Analyse und emanzipatorische Politik halten als Grundprinzip daran fest, dass die Bedingungen für ein gutes Leben für alle Menschen ohne Zerstörung der biophysikalischen Lebensgrundlagen zentraler normativer Bezugspunkt gesellschaftlicher Entwicklungen sind. Die je spezifische Lebensweise muss verallgemeinerbar sein, ohne ihre Voraussetzungen und negativen Folgen zu externalisieren, ohne andere Menschen auszubeuten und ohne ihre eigenen Grundlagen zu zerstören. Konkret bedeutet das eine drastische Reduktion von Ressourcenverbrauch und Emissionen, aber auch die Veränderung politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen hin zu solidarischen Formen der Naturaneignung, der Produktion und des Arbeitens, des kollektiven Zusammenlebens, des Treffens von Entscheidungen und Bearbeitens von Konflikten.

Gemeinsam ist vielen Forderungen und Bewegungen, dass sie sich am Gebrauchswert, an einem gerechten Zugang zu den notwendigen Lebensmitteln und -bedingungen orientieren.<sup>24</sup> Sie wollen entsprechende Formen der Organisierung von Wirtschaft und Politik, des Zusammenlebens und der Subjektivierung fördern und deshalb die Imperative von Profit sowie Kapital- und Machtakkumulation zurückdrängen. Sie sind damit Bestandteil einer schrittweisen, von Konflikten und Lernprozessen durchzogenen Überwindung der imperialen zugunsten einer solidarischen Lebensweise. Derartige Veränderungen hängen mit der Umverteilung von Macht, Einkommen und Vermögen zusammen und stellen implizit oder explizit die Frage nach der Verfügung über das Eigentum an den Produktionsmitteln und nach der Kontrolle darüber, in welche Bereiche einer Gesellschaft investiert werden kann und soll – und in welche nicht. Die Entstehung einer solidarischen Lebensweise geht daher Hand in

Hand mit einer Vertiefung der Demokratie und der Ausweitung insbesondere wirtschaftsdemokratischer Perspektiven.

Veränderungen in diesem Sinne sollen in der Spannung zwischen konkretem Handeln und einem umfassenderen theoretischen Horizont stattfinden. Rosa Luxemburg sprach in diesem Zusammenhang von »revolutionärer Realpolitik«, Joachim Hirsch spricht von »radikalem Reformismus« und Dieter Klein von »doppelter Transformation«. Klein zufolge fehlt den vielfältigen Alternativen oft der innere Zusammenhang: eine lebendige Erzählung »von unten« gegen die mit vielen Ressourcen verbreiteten Durchhalteparolen der Herrschenden. Notwendig ist es, einen »kühnen Bogen zwischen den elementarsten Vorwärts-Bedürfnissen, die im Gegenwärtigen schlummern, und der Vision von Wegen und Zielen ihrer Verwirklichung zu schlagen. [...] Aufzuspüren, welche Lebensfragen im Dasein der Menschheit zu Antworten drängen und geahnte Antworten dem Unausgesprochenen zu entreißen, das könnte den Inhalt einer modernen linken Erzählung ergeben.«<sup>25</sup> Das ist nicht einfach zu realisieren, weil insbesondere kollektiven Akteuren wie progressiven Parteien, Gewerkschaften oder Verbänden immer wieder das kurzfristige Handeln zur ersten Aufgabe wird.

### Das teilweise unspektakuläre Entstehen einer solidarischen Lebensweise

Eine solidarische Lebensweise ist nicht mit hehren politischen Statements oder besserer Technologie zu erreichen (Letztere feiert Paul Mason als Grundlage des Postkapitalismus), sondern nur als Neuorganisierung der Gesellschaft durch ganz andere Formen des Zusammenlebens.<sup>26</sup> Mit diesen bilden sich neue Subjektivitäten heraus und stellen sich »neue Gewohnheiten« ein.<sup>27</sup>

Die – durchaus strategisch von Unternehmen und Staat gewollte – Einschreibung der imperialen Lebensweise in Alltag und Körper legt nahe, dass viele Alternativen mitunter ganz unspektakulär entstehen, dass sie darin bestehen, sich den heutigen Lebens- und Konsumnormen zu entziehen, explizite und implizite Regeln nicht mehr

zu befolgen, bestimmte Praxen und Nabelegungen nicht mehr zu akzeptieren und zu unterbrechen. SchülerInnen verbannen die Coca-Cola-Automaten aus der Schule, Fleisch wird nicht mehr gegessen, der Besitz eines Autos ist nicht mehr erstrebenswert – und die »normale« Karriere auch nicht. »[W]as zweitrangig und untergeordnet oder auch beiläufig war; [...] wird zum Kern eines neuen ideologischen und doktrinalen Komplexes. Der alte Kollektivwille zerfällt in seine widersprüchlichen Elemente, weil die untergeordneten dieser Elemente sich gesellschaftlich entwickeln.«<sup>28</sup>

Gegenhegemonie<sup>29</sup> gegen die imperiale Lebensweise bedeutet also neben Auseinandersetzungen um andere Regeln, um politische und wirtschaftliche Strategien, um Investitionen und die Verfügung über Produktionsmittel auch, bestimmte Formen des Alltags nicht mehr leben zu wollen beziehungsweise ganz praktisch nicht mehr zu leben. Die Motivation dafür können unbegoltene Wünsche und verhinderte Möglichkeiten im Hinblick auf ein erfülltes Leben sein.

### Anderer Logiken sozial-ökologischer Reproduktion

Im zweiten Kapitel haben wir argumentiert, dass sich jegliche Veränderungen mit den herrschenden Logiken der Transformation, mit der permanenten Selbstrevolutionierung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften auseinandersetzen müssen. Eine solidarische Lebensweise beinhaltet ganz andere Formen der sozial-ökologischen Reproduktion, des Sorgens und damit des vorsorgenden Wirtschaftens. »Die Sorgelogik reproduziert und schützt das Lebendige in der Gesellschaft und der Natur, wird aber vom Markt durch die kapitalistischen Prinzipien von Produktivitäts- und Effizienzsteigerung, Konkurrenz und Akkumulation torpediert oder marginalisiert.«<sup>30</sup>

Gesellschaft muss aus dieser Perspektive ganz anders gedacht und gemacht werden – nicht mehr als Aufeinandertreffen vermeintlich autonomer Subjekte am Markt, die sich rational verhalten und ihren Nutzen maximieren wollen. Menschen sind keine autonomen Subjekte, die über sich selbst und die Welt verfügen<sup>31</sup> – das wird ihnen zwar nahegelegt, und sie sollen sich vor allem als »souve-

räne KonsumentInnen« gegenüber einer inszenierten Optionsvielfalt an Waren so verhalten. Verantwortung können Menschen jedoch nur für etwas übernehmen, was sie, so Martin Kronauer, »durch eigene Entscheidungen auch bewirken oder verhindern können. Für Markteffekte gilt das nicht [...]. Dies hat direkte Folgen für die Möglichkeiten eines selbstbestimmten Lebens: Es ist auf den Schutz vor Marktabhängigkeiten angewiesen.«<sup>32</sup>

*De facto* sind alle Menschen verletzlich, benötigen Schutz und reproduzieren sich in Gesellschaft und Gemeinschaft gemeinsam – mit Geld und Waren, aber auch in vielfältigen anderen Formen. Die immer gegebene Verletzlichkeit wird teilweise dadurch stabilisiert, dass über die Externalisierung der Voraussetzungen und Folgen der imperialen Lebensweise andere Menschen in anderen Teilen der Welt in prekären und unsicheren Verhältnissen leben und arbeiten müssen und die biophysikalischen Grundlagen des Lebens verschlechtert oder gar zerstört werden.<sup>33</sup> Eine solidarische Lebensweise muss also die grundlegende Verletzlichkeit des menschlichen und außermenschlichen Lebens anerkennen und Formen des Zusammenlebens schaffen, die nicht auf der Prekarisierung vieler oder auch nur einiger Menschen und der gesellschaftlichen Naturverhältnisse beruhen. Gabriele Winker erachtet eine »Care-Revolution« als zentral, »eine politische Transformationsstrategie, die anknüpfend an die Erkenntnisse feministischer Politik die grundlegende Bedeutung der Sorgearbeit ins Zentrum stellt und darauf abzielt, das gesellschaftliche Zusammenleben ausgehend von den menschlichen Bedürfnissen zu gestalten.«<sup>34</sup> Sie schlägt dafür Strategien wie die Demokratisierung und Selbstverwaltung des *care*-Bereichs, eine radikale Arbeitszeitverkürzung, ein bedingungsloses Grundeinkommen, den Aufbau sozialer Infrastruktur und die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel vor.<sup>35</sup>

Eine Gesellschaft, die das Sorgen füreinander und für die Natur in den Mittelpunkt stellt, ist automatisch kritisch gegenüber den kapitalistischen Verwertungs- und Akkumulationsimperativen. Das ist der Stachel, den etwa die *degrowth*- oder Postwachstumsperspektive setzt. Es geht nicht um eine pauschale Ablehnung von »Mehr«,



etwa im Bildungs- und Gesundheitssystem, an öffentlichen Dienstleistungen oder guten Lebensmitteln, sondern darum, Lernprozesse zu ermöglichen und demokratisch darüber zu entscheiden, wo ein Zuwachs an je konkreten Konsumgütern, Produktionsmitteln und Dienstleistungen gesellschaftlich erwünscht und sozial-ökologisch zu verantworten ist. »Es gilt, das Maß neu zu bestimmen. Der Fokus auf Alltagspraktiken und Subjekte ist eine Antwort darauf, dass das marktformige Wachstumsparadigma nicht nur die Wirtschafts- und Naturverhältnisse bestimmt, sondern tief in die psychosoziale Ebene eingeschrieben ist, inzwischen wie im Westen so auf Erden.«<sup>36</sup> Doch veränderte und verändernde Alltagspraxen erschöpften sich nicht im individuellen Konsumverhalten, sondern erfordern das kollektive, politische Moment der Politisierung zerstörerischer Verhältnisse und des Aufbaus von Alternativen.<sup>37</sup>

Dieter Kramer stellt in diesem Zusammenhang eine höchst instruktive Frage: »Kann man von den Menschen erwarten, dass sie in ihrem Alltag auch die Probleme der Krise der Wachstumsgesellschaft berücksichtigen?« Sie haben ja mit ihren eigenen und alltäglichen Problemen zu tun. Seine Antwort ist deutlich und politisch höchst folgenreich: »Wenn es gelingt, den Zusammenhang zwischen den Problemen der Wachstumsgesellschaft und diesen Alltagsproblemen herzustellen, ohne dass daraus eine pessimistisch-regressive Haltung entsteht, dann lassen sich vielleicht Ansatzpunkte für politische Motivation bezüglich der sozial-ökologischen Wende gewinnen.« Die Debatte um Suffizienz weist in diese Richtung. Es geht nicht ums Verzichten, sondern ums Ersetzen, um die Frage, was und wie viel »genug« ist. »Menschen sind mit ihren Vorstellungen vom guten und richtigen Leben in der Lage, sich im individuellen Leben Grenzen zu setzen.«<sup>38</sup> Scheitert das, kommt es zu Spiel- oder Kaufaustausch, zu Drogenabhängigkeit oder zu einem Übermaß an Arbeit.

Interessant und wichtig sind in diesem Zusammenhang neuere arbeits- und industriesoziologische Befunde, die branchenübergreifend eine starke moralische Ökonomie bei den Beschäftigten identifizieren. Demnach werden die neoliberalen, von einer kurzfristigen Renditeorientierung dominierten Zummütungen, die sich in einer

permanenten Intensivierung des Arbeitsprozesses äußern, von den Beschäftigten gerade nicht vollständig verinnerlicht und auch nicht als individuell zu bewältigende Herausforderung betrachtet. Vielmehr werden sie als Verletzung von Gerechtigkeitsansprüchen und als unvereinbar mit den technisch-funktionalen Erfordernissen des Arbeitsprozesses empfunden. Dies kann in einer Politisierung resultieren, die eine – derzeit allerdings noch sehr fragile – Brücke zwischen Ungerechtigkeits Erfahrungen im betrieblichen Alltag und einem Unbehagen an den vorherrschenden gesellschaftlichen Entwicklungen schlägt. Im günstigsten Fall speist sich dann aus »dem Erleben einer wettbewerbsetriebenen Steigerungslogik [...] die alltägliche Gesellschafts- und Kapitalismuskritik«.<sup>39</sup>

### Solidarische Lebensweise – global und dauerhaft

Ein Grundmechanismus der imperialen Lebensweise liegt in der Externalisierung ihrer sozial und ökologisch problematischen Voraussetzungen und Konsequenzen. Sie produziert systematisch schlechte Arbeitsbedingungen und Ausbeutung, autoritäre politische und gesellschaftliche Verhältnisse, prekäre Lebensbedingungen und ökologische Zerstörung. Die Aufhebung der unterschiedlichen Mechanismen der Externalisierung ist zweifellos eine der schwierigsten Aufgaben im Hinblick auf eine solidarische Lebensweise.

Eine Grundvoraussetzung ist das Sichbarmachen dieser Externalisierung – dies ist ein Anliegen des Begriffs der imperialen Lebensweise selbst. Das bedeutet Aufklärung und die Einsicht, dass eigene Privilegien auf Ausbeutung und Zerstörung innerhalb der eigenen Gesellschaft, aber eben auch »andernorts« basieren. Die Informationen dazu sind alltäglich präsent, doch es gibt kein gesellschaftliches und handlungsrelevantes Wissen darum. Es ist zu nächst so banal wie schwierig, Empathie zu üben. »Welche Leben – beispielsweise von Menschen, die ich nicht kenne, nicht »versteh«, ja die mich vielleicht sogar abstoßen – werden als beträuerbare Leben und als Leben, auf die ich bezogen bin, mit denen ich »verbunden« bin, anerkannt?«<sup>40</sup>

Eine solidarische Lebensweise, die eben immer auch solidarische (Re-)Produktionsweise ist, muss die oft verzweigten und bislang durch kapitalistische Verwertungsimperative strukturierten Wertschöpfungs- und Lieferketten verändern. Über sie findet die Externalisierung der negativen Implikationen der imperialen Lebensweise statt, wodurch sie Ursache von zahlreichen Konflikten und von Umweltzerstörung ist.<sup>41</sup>

Dies geht damit einher, die unterschiedlichen Forderungen und Konflikte in der eigenen Gesellschaft und andernorts anzuerkennen und zu unterstützen. Es bedeutet Empathie und praktische Solidarität mit jenen, die sich an vielen Orten der Welt gegen die Zumutungen der imperialen Lebensweise wehren, und es bedeutet, die Würde von Menschen hierzulande und in anderen Teilen der Welt anzuerkennen, gegen Erniedrigung und Entmenschlichung aufzustehen und für ein besseres Leben zu kämpfen. Das war der Kern des Aufrufes »Es reicht!« (*Ya basta!*) der mexikanischen Zapatistas ab Anfang 1994, und gerade deswegen traf dieser weltweit auf Resonanz. Der Aufruf bestand nicht zuvorderst darin, Solidarität mit dem Aufstand zu üben, sondern Verbindungen zwischen vielen verschiedenen emanzipatorischen Kämpfen zu schaffen und in unterschiedlichen Teilen der Welt gemeinsam an Alternativen zur imperialen Lebensweise zu arbeiten. Denn die Schaffung einer solidarischen Lebensweise ist eine vielfach konkrete Menschenheitsfrage.

In einem umfassenden Sinn bedeutet das, sich nicht den falschen, da auf kapitalistischer und hierarchisierender Externalisierung beruhenden Wohlstandsversprechen zu ergeben, sondern Formen des gerechten, solidarischen und nachhaltigen Wohlstands zu schaffen und zu leben. Es bestehen also viele alternative Vorschläge und Forderungen, Praxen und konkrete wie umfassende Strategien – Letztere im Sinne von Weichenstellungen, des Einschlagens von nie schon ganz genau bekannten Wegen, aber eben auch des Ausschlusses anderer Wege.<sup>42</sup> Ab wann und wie solche Veränderungen »systemische Wirkungen« entfalten, wissen wir jeweils erst im Nachhinein.

Ein hegemoniefähiges Projekt für eine solidarische Lebensweise muss vieles und die vielen verbinden, muss erfahrbar und attraktiv

sein. Es werden tendenziell gesellschaftliche Mitte-unten-Bündnisse sein, die ein solches Projekt tragen.<sup>43</sup> Es wäre aber zu wünschen, dass verstärkt auch dissidente progressive Eliten den Ernst der Lage erkennen und entsprechend handeln.<sup>44</sup> In jedem Fall ist es nötig, die Gefahr der Kooptierung von Alternativen oder des *greenwashing* zu reflektieren sowie rote Linien zu ziehen gegen rassistische, ausbeutende, patriarchale, gewaltförmige und zerstörerische Projekte.

Wichtige Auseinandersetzungen – so sollten dieses Kapitel sowie einzelne Verweise in den Kapiteln 4 und 5 gezeigt haben – finden einerseits um die Kritik und Auflösung vieler Elemente der imperialen Lebensweise statt; andererseits geht es um die Anerkennung und Stabilisierung der Bedingungen, Praxen und Begehren einer solidarischen Lebensweise.

Eine weitere entscheidende Frage im Hinblick auf eine solidarische Lebensweise stellt sich dahingehend, wie Veränderungen abgesichert, vorangetrieben und vor Rückschlägen geschützt werden können. Es geht gleichsam darum, die Frage der Institutionen, des Rechts, generell: der Verfasstheit von Gesellschaft von links zu stellen. Die imperiale Lebensweise wird wesentlich durch den kapitalistisch-patriarchalen Staat abgesichert. Dieser ist eine »materielle Verdichtung« gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, ein »strategisches Feld«, das von Kämpfen und Widersprüchen durchzogen ist.<sup>45</sup> Verschiedene Akteure mit ihren Interessen, Identitäten und Wertvorstellungen ringen mit konkreten Strategien und gegebenenfalls mit umfassenden Projekten darum, gesellschaftlich relevant und damit auch »Staat zu werden«, das heißt, in Gesetze gegossen, anerkannt und nicht ignoriert oder unterdrückt zu werden. Wie in Kapitel 7 dargelegt, gibt der Staat den gesellschaftlichen Interessen gleichzeitig eine bestimmte Form. So trägt er etwa zur Herausbildung bezin-dividualistischer Interessen bei und strukturiert dadurch die Konflikte zwischen antagonistischen gesellschaftlichen Kräften in einer Weise, die sie mit der Reproduktion einer herrschaftsförmigen Ordnung vereinbar macht (ohne deren Existenz gleichwohl garantieren zu können). Die Rechtsform spielt dabei eine zentrale Rolle. Sie sub-jektiviert, wie Sonja Buckel treffend feststellt, »die Einzelnen als ka-

pitalistisch-patriarchale Monaden und fügt sie zu einer äußerlichen Einheit wieder zusammen.<sup>46</sup>

Die Kritik dieser politischen und rechtlichen Form ist ein wesentliches Moment der Zurückdrängung der imperialen Lebensweise. Damit rückt aber gleichzeitig die Frage in den Vordergrund, wie Gesellschaft verfasst sein muss, damit sich eine solidarische Lebensweise entfalten kann. Die »politische Verfassungsfrage«, so schrieb Wolf-Dieter Narr schon vor knapp 20 Jahren, ist »die Frage der Zeit schlechthin«.<sup>47</sup> Sie zu beantworten bedeutet, die existierenden emanzipatorischen und universalisierbaren Alternativen institutionell so abzusichern, dass sie gegen reaktionäre Angriffe geschützt sind und sich gleichzeitig reflexiv weiterentwickeln können. Ein emphatisches Verständnis von Demokratie ist dabei die Leitidee: Alle, die von den Auswirkungen einer Entscheidung betroffen sind, werden gleichberechtigt an deren Zustandekommen beteiligt. Eine solche Einrichtung von Gesellschaft bleibt nicht ohne Auswirkung auf die Subjekte. Wenn die Bedingung der freien Entwicklung aller nicht mehr – wie noch in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft – in der *Beschränkung*, sondern in der *Verwirklichung* der freien Entwicklung des Einzelnen liegt,<sup>48</sup> dann besteht die Chance, dass die gegenwärtig dominierende, konkurrenz- und eigennutzenorientierte Subjektivität sich in eine solidarisch-kooperative transformiert. Zudem entstehen mit einer solchen Einrichtung von Gesellschaft die Voraussetzungen dafür, den strukturellen Zwang zur Externalisierung zu überwinden. Die kapitalistischen Mechanismen der Tauschwertorientierung, der Konkurrenz und des Wachstums wären außer Kraft gesetzt, und die Kosten ökologischer Fehlentscheidungen würden nicht mehr andernorts anfallen, sondern von allen getragen. »Da dies alle wissen«, so Alex Demirović, »würden sie auch eher versuchen, Entscheidungen zu Lasten der Natur in der Nähe und in der Ferne zu verhindern.«<sup>49</sup>

Die Konflikte um eine solidarische Lebensweise drehen sich darum, dass die als problematisch erachteten Verhältnisse aufgehoben und Alternativen gestärkt werden sollen. So geht es in vielen Auseinandersetzungen nicht nur um die Schaffung von Gemeingü-

tern und andere Formen des Zusammenlebens, etwa um eine andere Verteilung von Reproduktionsarbeit und damit um eine Veränderung der Geschlechterverhältnisse. Es geht auch um eine solidarische Form der Wohlfahrtsstaatlichkeit, nämlich »die Entkopplung von sozialer Sicherung und sozialer Beziehung in Gestalt eines verlässlichen, anonymen Ausgleichsmechanismus«.<sup>50</sup> Das impliziert zugleich – das wissen wir aufgrund der Herausbildung des neoliberalen, aktivierenden und in vielen Fragen zunehmend repressiven Staates sehr gut – einen institutionellen Umbau des Staates, denn die Kräfteverhältnisse und Diskurse sind dem Staat nicht äußerlich. Die vielfältigen Dimensionen einer solidarischen Lebensweise müssen sich institutionell »verdichten«, <sup>51</sup> allerdings mit der Perspektive einer Überwindung der herrschaftsförmigen Logiken, wie sie im kapitalistisch-patriarchalen Staat institutionalisiert sind.

Die Beschränkungen der liberalen, zunehmend autoritären Demokratie zugunsten einer umfassenden gesellschaftlichen Demokratisierung aufzuheben ist ein zentraler Bestandteil der Auseinandersetzungen um eine solidarische Lebensweise. Dies beinhaltet Abwehrkämpfe gegen den gesellschaftlichen und politischen Rechtsruck ebenso wie die Zurückdrängung imperialer Praxen und die institutionelle Absicherung des Neuen. Ihr Ausgangspunkt ist die Einsicht, dass die sozialen und ökologischen Verwerfungen, mit denen wir heute konfrontiert sind und die unendliches Leid verursachen, ihre Ursachen in den globalen gesellschaftlichen Verhältnissen haben – und nicht, wie die eingangs zitierten Schreckensszenarien von Robert D. Kaplan und großen Teilen der politischen Elite suggerieren, in endogenen Prozessen des globalen Südens.

Um dies sichtbar zu machen, haben wir in diesem Buch die imperialen Lebensweise untersucht und ihr die Konturen einer solidarischen Lebensweise gegenübergestellt, die auf der demokratischen Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Naturverhältnisse beruht. Wenn unsere Analyse zu wissenschaftlichen wie gesellschaftspolitischen Debatten und insbesondere zur Orientierung aktueller und künftiger Kämpfe für eine solidarische Lebensweise beiträgt, dann hat sie ihren Zweck erfüllt.